

Beschlüsse

zur Drucksachenummer

01084/2024

Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber

Beschlüsse:

29.01.2024	Stadtvertretung
037/StV/2024	37. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.

Es erfolgt eine verbundene Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 19 und 20.

2.

Anträge, die nicht vom Hauptausschuss vorberaten sind, müssen auf Antrag des Oberbürgermeisters, eines Fünftels aller Mitglieder der Stadtvertretung oder einer Fraktion oder der Antragstellerin oder des Antragstellers dem Hauptausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden (§ 8 Abs. 3 Geschäftsordnung der Stadtvertretung). Die Fraktion DIE LINKE beantragt die Überweisung.

3. Geschäftsordnungsantrag

a)

Das Mitglied der Stadtvertretung Herr Gert Rudolf beantragt gemäß § 28 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Stadtvertretung von dieser abzuweichen und beantragt zugleich über den Antrag abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei 10 Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen beschlossen

b)

Der 1. Stellvertreter des Stadtpräsidenten stellt sodann den Antrag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle möglichen Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einführung einer Bezahlkarte zu ergreifen, um Bargeldauszahlungen an Asylbewerber zu

ersetzen. Der Oberbürgermeister soll zudem auf die Landesregierung zugehen, damit diese die Bemühungen zur Einführung einer Bezahlkarte unterstützt, indem sie zum einen eine werbende und koordinierende Rolle einnimmt und sich zum anderen an den Entwicklungs- und Installationskosten beteiligt.

Beschluss:

Die Stadtvertretung lehnt den Antrag ab.

Abstimmungsergebnis:

bei 20 Dafür-, 20 Gegenstimmen abgelehnt